

Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Preussenbrief

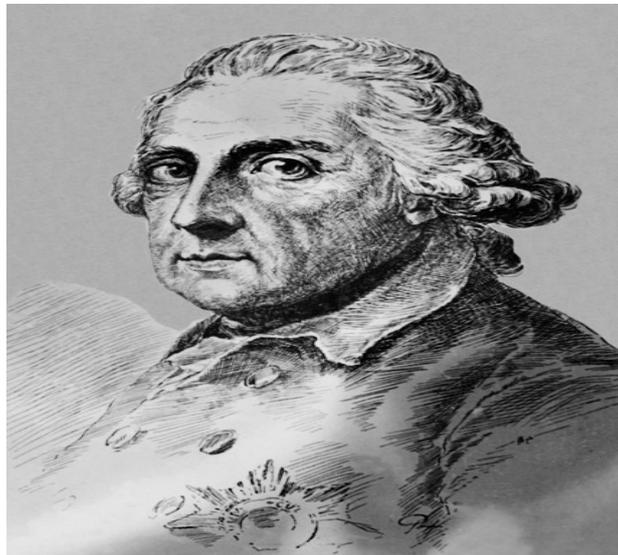
Dezember 2021



Worte des Monats Dezember 2021

Friedrich der Große

(* 24. Januar 1712 in Berlin; † 17. August 1786 in
Potsdam)



„„In den Gerichtshöfen sollen die Gesetze sprechen
und der Herrscher schweigen.“

Editorial Dezember 2021

*Sehr geehrte Freunde
und Mitglieder,*



Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Maßnahmen der Bundesregierung zum Infektionsschutz mit der Verfassung in Einklang sind. und die Maßnahmen zum Infektionsschutz rechtmäßig sind. Das Essen im Bundeskanzleramt hat sich also gelohnt!

Prinzip der Gewaltenteilung:
Die Gewaltenteilung gehört zu den Prinzipien unserer Demokratie und ist im Grundgesetz verankert. Die staatliche Gewalt ist in mehrere Gewalten aufgeteilt: Die legislative (gesetzgebende), die exekutive (vollziehende) und die judikative (Recht sprechende) Gewalt sollen sich gegenseitig kontrollieren und staatliche Macht begrenzen.

Der Bundestag ist nach dem Prinzip der Gewaltenteilung die gesetzgebende Gewalt (Legislative) in Deutschland. Demgegenüber stehen die Bundesregierung als Exekutive und die Bundes- und Landesgerichte als Judikative.

Nach der Presse ist nun auch das Bundesverfassungsgericht zum Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung mutiert.

Hier zwei Kommentare zum gleichen Thema:



Hans-Jürgen Papier

*06.07.1943

ehem. Präsident des Bundesverfassungsgerichts
Interview Berliner Zeitung 13.09.2021

„Nach dem Grundgesetz können die Grundrechte auch in einer Notstandssituation nicht außer Kraft gesetzt werden. Die Rechtslage unter dem Grundgesetz unterscheidet sich ganz grundlegend von der Weimarer Verfassung. Dort konnte der Reichspräsident gemäß Artikel 48 zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit die Grundrechte vorübergehend außer Kraft setzen. In unserer Verfassung, im Grundgesetz, ist das bewusst nicht so geregelt worden.“

Es gilt immer der Grundsatz: In dubio pro liberate.“

...nem zu akzeptieren.
fe.
te
en
n.
Wer die Karlsruher Beschlüsse liest, kommt sich vor wie bei einem verfassungsjuristischen Tontaubenschießen: Das Gericht lässt erst die Grundrechte ganz hoch und weit fliegen, es erfindet sogar ein neues Grundrecht, nämlich der Kinder und Jugendlichen auf schulische Bildung – um dann nach allerlei Ah und Oh mitzuteilen, dass der schwere Eingriff in dieses Grundrecht gerechtfertigt sei. Erst wird das Grundrecht hochgeschossen, dann wird es abgeschossen. Welt- und alltagsfern hat das Verfassungsgericht in seinem Beschluss zu den Schulschließungen festgestellt: Insgesamt habe der Staat „auf angemessene Weise auf die Beeinträchtigung des Familienlebens infolge des Wegfalls von Präsenzunterricht reagiert“. Der Satz ist eine Frechheit. Unzählige Familien werden ihn als Hohn empfinden.

Das Bundesverfassungsgericht ist in schlechter Verfassung. Es hat keine Kraft zu klugem Grundrechtsschutz in harten Zeiten; es gibt der Politik jede Freiheit zum Eingriff in die Freiheitsrechte. Das ist ein schlechtes Gesamtkonzept.



*Heribert Prantl ist
Kolumnist und Autor der
Süddeutschen Zeitung.*

Herzliche Grüße
Ihr

Steffen Bender

I.

Ein weiterer Artikel zur Thematik Hohenzollern und NS-Regime, diesmal aus der NZZ:

Hohenzollern-Debatte: Es geht nicht zuletzt um die Geschichte Preussens

Im Streit um die Hohenzollern müssten die Historiker dringend die Sachfragen klären, statt zu polarisieren. Wo bleibt die wissenschaftliche Neugier?

Ulrich Schlie und Thomas Weber 23.11.2021, NZZ



Reichskanzler Adolf Hitler und der Deutsche Kronprinz Wilhelm von Preussen während der Feier vor der Garnisonkirche beim «Tag von Potsdam».

Georg Pahl / Deutsches Bundesarchiv / Bild 102-14437

Nüchternheit und Distanz sind die Tugenden des Historikers. Man muss nicht Karl Popper bemühen, um den Pluralismus der Meinungen als Voraussetzung für eine gelingende wissenschaftliche Auseinandersetzung und für ein liberales Gemeinwesen zu identifizieren.

In der gegenwärtigen Hohenzollern-Debatte wird der Anschein erweckt, dass die eigentlichen Sachfragen schon entschieden seien. Geschichtspolitische Argumente treten an die Stelle wissenschaftlich begründeter Ergebnisse.

Die vormalige Vorsitzende des deutschen Historikerverbandes, Eva Schlotheuber, fordert etwa in diesem Zusammenhang eine Geschichtswissenschaft im Dienst der Geschichtspolitik und ruft zum Kampf um die «Deutungshoheit» auf. Was dabei zu kurz kommt, sind wissenschaftliche Neugier, innovative Fragestellungen und ein gewisser Pragmatismus, der die Suche nach

politischen Lösungen des Restitutionsstreits erleichtern kann.

Die vorrangig in den Medien, aber auch auf dem Rechtsweg und in Parlamenten ausgetragenen Auseinandersetzungen um die Hohenzollern sind ein Paradebeispiel für die Dominanz eines hohen moralpolitischen Engagements, für die Wiederkehr von Klischees und für die Vermengung von politischen Meinungen und Forschungsfragen. Schief lagen sind vorgezeichnet.

Beim Hohenzollern-Streit steht zunächst die Frage im Raum, ob die Restitutionsforderungen des Hauses Hohenzollern nach Rückgabe von in der Bodenreform in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone konfisziertem Besitz berechtigt sind. Dies ist ein Überbleibsel aus dem Wiedervereinigungsprozess und wird demnächst vermutlich auf dem Instanzenweg von den deutschen Verwaltungsgerichten entschieden werden.

Die Klärung dieser Frage ist wesentlich daran geknüpft, ob dem zur Zeit der Bodenreform amtierenden Chef des Hauses Preussen, dem ehemaligen Kronprinzen Wilhelm, nachgewiesen werden kann, dass er «erheblichen Vorschub» für die Ergreifung, Etablierung und Ausweitung der Macht der Nationalsozialisten geleistet hat.

Hitler und der Kronprinz

Je mehr geschichtspolitische Überlegungen an die Stelle gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse treten, desto schwieriger wird die Beantwortung dieser Frage. Ein Beispiel dafür liefert der Historiker Stephan Malinowski in seinem neuen Buch («Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration»). Malinowski vertritt die Auffassung, dass eine Vorschubleistung als erwiesen zu betrachten ist. Abweichende Positionen werden Historikern und Journalisten zugeschrieben, «denen an einer Unterstützung der Position der Hohenzollern gelegen» sei.

Eine von der eigenen Auffassung abweichende Position mit ihrer angeblichen geschichtspolitischen Motivation – der Unterstützung der Hohenzollern – kann folglich diskreditiert werden. Wie soll vor diesem Hintergrund eine liberale öffentliche Debatte mit Pro und Contra der Argumente zustande kommen?

Es gibt keinen Zweifel: Immer wieder hatte sich der ehemalige Kronprinz Hitler angedient in der illusorischen Hoffnung, doch noch die Krone in Deutschland zu ergattern. So erwog er 1932 zeitweise, selbst zu den Reichspräsidentenwahlen anzutreten und dann Hitler zu seinem Reichskanzler zu ernennen. Nach der Machtergreifung versuchte er, im In- und Ausland Werbung für Hitler zu machen. Neue Dokumentenfunde zeigen, dass die Kollaborationsversuche Wilhelms sogar über das von Malinowski Dargestellte hinausgehen.

Kronprinz Wilhelm von Preussen nach der Stimmabgabe in Potsdam am 14. März 1932. Die Reichspräsidentenwahl wurde am 10. April wiederholt.

Randfigur und politisches Leichtgewicht

Eine andere Frage ist, wie erfolgreich der ehemalige Kronprinz bei seinen Bemühungen gewesen ist. Diese Frage richtet sich zunächst an die Geschichtswissenschaft. Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, wie es oftmals dargestellt wird. Sie ist im Streit um mögliche Restitutionsansprüche von Belang, es ist der Vergleich mit anderen ehemals regierenden Häusern einzubeziehen. «Erheblicher Vorschub» ist ein unklarer Rechtsbegriff und setzt nach bisheriger Rechtsprechung auch in Fällen einer auf Renommee basierenden mutmaßlichen erheblichen Vorschubleistung eine eingehende Prüfung voraus, «welches Bild von der [möglicherweise Vorschub leistenden] Person durch die (nationalsozialistischen) Medien gezeichnet worden ist».

Die nationalsozialistischen Medien hatten aber im Großen und Ganzen, mit Ausnahme von zwei in Amerika lancierten Artikeln, überhaupt kein Interesse an einer Werbetätigkeit Wilhelms. Selbst beim «Tag von Potsdam» wurde er so weit wie möglich an den Rand gedrängt, nicht zuletzt, da Hitler an jenem Tag Wilhelms Konkurrenten Hindenburg hofieren wollte. Zudem entwickelte sich Joseph Goebbels immer mehr zum Gegenspieler Wilhelms. Sein Propagandaministerium wollte von Wilhelm nicht viel wissen und tat alles, um ihn zu marginalisieren. Dieser war jetzt, wie schon in Weimar auf andere Weise, eine Randfigur, ein

Überlebender aus einer untergegangenen Zeit und ein politisches Leichtgewicht.

Moralischer Absolutismus

Natürlich kann man darüber streiten, ob Wilhelms Handlungen hinreichend waren, um einen «erheblichen Vorschub» konstatieren zu können. Wenn man jedoch in einen Kampf zieht mit dem Ziel, die Deutungshoheit über die Vergangenheit zu besitzen, und geschichtswissenschaftliche Positionen mit geschichtspolitischen Argumenten diffamiert, schafft man kaum ein diskursfreundliches Klima. Die bis anhin geführte Hohenzollern-Debatte zeigt vor allem einen moralischen Absolutismus, der eine differenzierte Betrachtung nicht zulassen will.

Die Wiederkehr Preussens, so lautete nach 1990 eine vielfach ausgesprochene Befürchtung über den künftigen Kurs des wiedervereinigten Deutschlands, ist bei allem Interesse an Schlössern und Gärten ausgeblieben. Die Preussen-Fans sind weiterhin eine Minderheit geblieben. Die Politik hat sich dennoch, vielleicht weil dies bequem erschien, auch dann noch herausgehalten, als die öffentliche Debatte über die Hohenzollern scheinbar unvermeidbar auf eine Havarie zusteuerte.

Man setzt auf die Klärung der Gerichte, wo der gesunde Menschenverstand Dialog, Ausgleich der Interessen und Einigung im Vorfeld empfohlen hätte. Der amtierende Chef des Hauses, Georg Prinz von Preussen, hat, indem er reihenweise ihm unliebsame Kritiker mit Abmahnungen überzog und vor Gericht zerzte, das Seine zu einem vergifteten Meinungsklima beigetragen. Gerade im Osten Deutschlands haben sich zudem ältere Klischees über Preussen-Deutschland gehalten. Verantwortung für die deutsche Geschichte.

Diese Gemengelage macht es vermutlich schwierig, das herbeizuführen, was dringend geboten wäre: eine Lösung, die über Urteile von Juristen und Gutachten von Historikern hinausgeht und mehr als die Lösung des laufenden Rechtsstreits ist. Denn es geht in Wirklichkeit um viel mehr als um weit zurückliegende Restitutionsansprüche. Das Haus Hohenzollern steht für

die verwobene Geschichte Preussens und Deutschlands, im Guten wie im Schlechten. Daraus erwächst Verantwortung, sich auch der dunkelsten Kapitel dieser Geschichte anzunehmen, unabhängig vom Ausgang des gegenwärtigen Rechtsstreits. Diese Verantwortung geht alle Seiten an.

Geschichte ist nach vorne hin immer offen, und sie ist eine Gestaltungsaufgabe. Eine breite öffentliche Debatte ist ebenso notwendig. Es sollte eine Lösung gesucht werden, die es erlaubt, den Blick nach vorn zu richten: damit die wechselvolle Geschichte Preussens für die Zukunft Deutschlands und Europas keine Last bildet, sondern einen Gewinn bedeutet. Ein Gewinn wäre es auch, wenn die Historiker, statt die Öffentlichkeit weiter zu polarisieren, sich den hochsensiblen Fachfragen zuwenden könnten.

Quelle: NZZ

II.

Auf Antrag von Grünen und Linken

Bismarckstatue in Bautzen wird nicht wiederaufgestellt
Kultur

25. November 2021

JF

BAUTZEN. Das Stadtparlament in Bautzen hat gegen die Wiederaufstellung einer historischen Bismarckstatue gestimmt. Der Hauptausschuß der sächsischen Stadt hatte zuvor für die Wiederherstellung des Denkmals votiert. Dieser Beschluß wurde nun durch das Stadtparlament gekippt. Beantragt hatten die Abstimmung die Linkspartei und Grüne, wie der MDR am Donnerstag berichtete.

Der Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens (SPD) lobte nach der Abstimmung den Austausch unter den Stadtpolitikern. „Mir hat insbesondere gut gefallen, dass das eben so gründlich diskutiert worden ist“. Sowohl Denkmalbefürworter, als auch Denkmalgegner hätten etwas von der jeweils anderen Seite gelernt. „Und allein das ist schon ein Gewinn“, unterstrich Ahrens.

Das ehemalige Bismarckdenkmal auf dem Czorneboh – dem Bautzener Hausberg – wurde 1950 zerstört. Ein örtlicher Gesangsverein hatte im Oktober bei der Verwaltung der Stadt beantragt, es auf eigene Kosten wiederaufzubauen.

Sorbischer Interessenverband lehnt Denkmal ab

Nach der Zustimmung durch den Bautzener Hauptausschuss hatten sich vor allem sorbische Initiativen über das Bauvorhaben empört. „Der Beschluß hebt eine historische Persönlichkeit auf den Sockel, die nicht im Geringsten als positiver Bezugspunkt der Erinnerungskultur einer demokratischen, solidarischen und weltoffenen Gesellschaft taugt“, beklagte sich etwa das Sorbische Institut in einem offenen Brief. Der Bauentscheid sei ein verstörendes Signal an alle, die sich für ein demokratisches und weltoffenes Bautzen einsetzten.

Bürgermeister Ahrens stellte sich damals vor die Wiederherstellung des Denkmals. „Bismarck war kein Verbrecher und wir müssen ihn auch nicht als solchen behandeln“, mahnte er damals. Der Politiker schlug vor,

der Statue eine erklärende Tafel an die Seite zu stellen, um die fragwürdigen Seiten von Bismarcks Kanzlerschaft zu beleuchten. (fw)



Quelle: Junge Freiheit



III.

Katharina die Große

Eine Preußin erobert den russischen Zarenthron

Inspiriert von den Ideen der Aufklärung, konnte „Welikaja“ – die Große – einen Teil ihrer ehrgeizigen Reformen umsetzen. Unter ihrer Führung entwickelte sich Russland zur europäischen Großmacht

Manuela Rosenthal-Kappi

14.11.2021

Die in Preußen geborene Prinzessin auf dem Zarenthron, Katharina II., ist die einzige Herrscherin Europas, deren Namen den Zusatz „die Große“ erhielt. Die Monarchin fühlte sich von allem Russischen angezogen, eine gute Voraussetzung, um nach der Krone zu greifen. In Russland angekommen, erlernte sie schnell die russische Sprache, befolgte orthodoxe Traditionen und eroberte die Herzen der Russen.

Welche Verehrung die aus dem verarmten Hochadelsgeschlecht der Askanier stammenden Sophie Auguste Friederike von Anhalt-Zerbst, die am 2. Mai 1729 in Stettin das Licht der Welt erblickte (siehe PAZ Nr. 44, Seite 19), auch heute noch in Russland findet, zeigen neben zahlreichen Denkmälern im ganzen Land unzählige Biographien und nicht zuletzt die vielen Verfilmungen ihres skandalumwitterten Lebens.

Katharinas Leben im Film

Eine der größten und mit damals zirka acht Millionen Euro teuersten Produktionen in der Geschichte des russischen Fernsehens ist die 2015 begonnene TV-Serie „Welikaja“ (Die Große), ein Historiendrama, das dem Leben Katharinas II. gewidmet ist und im Stil westlicher Erfolgsserien wie „Die Tudors“ oder des deutschen Pendants „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ gedreht wurde. Schauplätze der ersten Staffel waren die Wirkungsorte Katharinas, wie die Peter-und-Paul-Festung, die Smolnyj-Kathedrale in St. Petersburg und der Katharinenpalast in Puschkin sowie Peterhof, die ehemalige Sommerresidenz der Zaren am Finnischen Meerbusen.

Mit Julia Snigir – die unter anderem in dem Action-Thriller „Stirb langsam 5“ mitspielte – als Katharina und Natalja Surokowa in der Rolle der Zarin Elisabeth I. wurde die Serie mit renommierten Darstellern besetzt. Premiere feierte „Welikaja“ 2015 im staatlichen Sender „Erster Kanal“. Die erste Staffel behandelt die Jahre 1744 bis 1762. Die zweite spielt von 1762 bis 1775 und die in der Entstehung befindliche dritte Staffel, mit der 2022 gerechnet wird, ist der Zeit ab 1775 bis 1796 gewidmet. Die Herrschaft Katharinas II. gilt in Russland als bedeutendste Periode der Geschichte des Landes. Nachdem die willensstarke, selbstbewusste, ungewöhnlich gebildete und intelligente Großfürstin mithilfe der Garde durch einen Staatsstreich 1761 gegen ihren Gatten Peter III. auf den Thron gelangt war, machte sie sich sogleich daran, ihre vom Geist der europäischen Aufklärung und den Ideen der Franzosen Diderot, Montesquieu und d'Alembert geprägten politischen Ziele in die Tat umzusetzen. In ihrem Umbau von Staat und Gesellschaft sah sie sich in der Tradition Peters des Großen, dessen Reformwerk sie fortsetzen wollte. Katharina II. gewährte dem Adel Freiheiten und sorgte für die Säkularisierung des klösterlichen Grundbesitzes, der an den Staat fiel. Das erlaubte ihr, die Armee zu vergrößern. Sie belebte den Handel und

verdoppelte die Zahl der Industrieunternehmen. Die staatlichen Einnahmen stiegen durch diese Maßnahmen auf das Vierfache an.

Umbau von Staat und Gesellschaft

Außenpolitisch ist Katharinas Regentschaft von dem Sieg gegen die Türken mit dem Anschluss der Krim 1783 und einem Neurussland genannten Teil der Ukraine sowie weiteren Landgewinnen, unter anderem Asow und Kuban, einem Teil von Weißrussland, Polen und Litauen gekrönt. Katharina II. hat Russland zur Großmacht aufgebaut. Auf diese glorreiche Periode der russischen Geschichte führt heute Wladimir Putin seinen Anspruch auf die Krim zurück und spricht in dem Zusammenhang ebenfalls von „Neurussland“.

Katharina II. mag Putin Vorbild sein in seinem Alleinherrschaftsanspruch in der Tradition der Zaren. Ähnlich wie einst Katharina sich um die Sicherung und Legalisierung ihrer Stellung kümmern musste, verfolgt Putin seine Gegner genauso unbarmherzig wie die Zarin. Ihr auch als „Goldenes Zeitalter des russischen Adels“ bezeichneter aufgeklärter Absolutismus mit dem Festhalten an der Leibeigenschaft beschwor in den Jahren 1773 bis 1775 Bauernaufstände unter Führung von Jemeljan Pugatschow herauf. Es dauerte lange, bis die zaristische Garde seiner habhaft werden und man ihn zum Tode durch Enthauptung verurteilen konnte.

Zu den großen Erfolgen ihrer Politik zählt zweifellos die Einführung von Schulen und Ämtern mit sozialen Aufgaben, die Dezentralisierung der Verwaltung und die Gründung eigener Standesgerichte für den Adel, Städter und nicht-leibeigene Bauern. Die Zarin gründete die Russische Akademie, die bald zu den führenden europäischen Bildungsstätten zählte. Besondere Aufmerksamkeit schenkte Katharina auch der Entwicklung der Landwirtschaft. Ihre als liberales Gesetzesregelwerk angelegte „Große Instruktion“ scheiterte jedoch an den adeligen Mitarbeitern.

Katharina II., die wegen ihrer zahlreichen Liebhaber als sittenlos und heuchlerisch galt, ist dessen ungeachtet eine Frau, die als mächtigste Monarchin in die Geschichte Russlandsinging. Sie galt als Vorbild für den Patriotismus zukünftiger Generationen, und das, obwohl nicht ein einziger Tropfen russischen Blutes in ihr floss.

Vor 225 Jahren, am 17. November 1796, starb Katharina II. an einem Herzinfarkt. Sie fand in der Kathedrale der Peter-und-Paul-Festung ihre letzte Ruhestätte. Ihr

stürmisches Leben war bestimmt von Intrigen, Verschwörungen, Liebesromanzen und dem Kampf um den Thron, dessen sie sich letztlich als würdig erwies.

Katharinas Leben im Buch

Auch hierzulande beschäftigen sich Autoren immer wieder mit Katharina der Großen. Zuletzt ist Cornelia Wusowskis Romanbiographie „Katharina die Große. Der Weg zur Zarenkrone Russlands“ erschienen. Darin beschreibt die auf historische Romane spezialisierte Autorin in einer Mischung aus Romanhandlung und dokumentarisch wirkenden Einschüben die Jahre von Katharinas Geburt als Prinzessin Sophie von Sachsen-Anhalt, ihre durch Armut und Lieblosigkeit der Mutter geprägte Kindheit, ihre Reise an den Zarenhof nach St. Petersburg und ihr dortiges Leben bis zur Thronbesteigung.

Das in drei Teile gegliederte Buch beschäftigt sich im ersten Teil mit der Ankunft der Prinzessin in Russland, ihren Treffen mit Elisabeth I. und wie aus ihr Katharina wurde, bis zur Hochzeit mit dem späteren Zaren Peter III.

Der zweite Teil ist dem trostlosen Eheleben an der Seite des Großfürsten Peter gewidmet, dem Warten auf den Thronerben, der dank Elisabeths Intervention neun Jahre nach der Eheschließung endlich geboren wurde. Ob Paul I. Peters rechtmäßiger Sohn ist oder aus der Affäre mit dem Grafen Sergej Saltykow hervorging, ist bis heute umstritten. Der dritte Teil erzählt spannend die Zeit vor dem Staatsstreich und endet kurz vor der Krönung.

Quelle: Preussische Allgemeine Zeitung

IV. Erste Statistiken zur Messerangriffen:

In Europa hat sich ein Messerterror etabliert. Es häufen sich Messerattentate mit islamistischer Radikalität und psychischen Erkrankungen. Die attestierte „Schuldunfähigkeit“ könnte gezielt ausgenutzt werden.



IMAGO / Pro Shots

In Deutschland finden täglich Messerangriffe statt. Die Zahlen in den einzelnen Bundesländern steigen seit einigen Jahren. Darunter befinden sich auch islamistische Messerattentate, die besonders dieses Jahr in Deutschland und in Europa großes Entsetzen auslösten. Neben Deutschland trifft dies vor allem auf Frankreich, England und Norwegen zu. Immer häufiger gehen islamistische Messerattentate mit einer psychischen Erkrankung einher. Ob die Attentäter trotz ihrer Erkrankung schuldfähig oder schuldunfähig sein können, entscheiden Gutachter. Doch vor kurzem wurden beim ICE-Attentäter, der von einem Gutachter als „schuldunfähig“ erklärt wurde, islamistisches Propagandamaterial gefunden. Die neue Gefahr existiert akut, dass radikalisierte Attentäter genau die

vorläufige, oft voreilige Attestierung zu einer „Schuldunfähigkeit“ gezielt ausnutzen könnten. Europa befindet sich in einer neuen Messerterror-Situation.

20.000 Messerangriffe in Deutschland

Insgesamt etwa 20.000 Messerangriffe in Deutschland wurden im Jahr 2020 erfasst. Dies geht aus einem Bericht der Welt am Sonntag hervor. Jeden Tag kam es damit durchschnittlich zu über 50 Messerangriffen. Als Messerangriffe werden Taten bezeichnet, bei denen ein Angriff mit einem Messer unmittelbar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird. Die meisten Messerangriffe ereigneten sich in Nordrhein-Westfalen (5.411), Berlin (2.593) und Niedersachsen (2.377). Mindestens 100 Menschen wurden den Angaben zufolge bei den Attacken ermordet. Die Angriffe stehen oft im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, (Ex-)Partnern und Familienangehörigen. Zehn von sechzehn Bundesländern machten Angaben zu der Herkunft der Täter, wonach 39,6% nicht deutsche Staatsbürger seien. Laut polizeilichen Statistiken würden Zuwanderer 17,4% der Tatverdächtigen ausmachen, darunter in einigen Bundesländern an erster Stelle Syrer. Psychische Störungen bei Tatverdächtigen werden von fast allen Ländern außer Brandenburg nicht statistisch erfasst.

Sind Messerattacken schon Alltag?

Die Zahl der Messerstraftaten ist in Deutschland sehr hoch. Bereits im Jahr 2019 wurden im Land NRW insgesamt 6.827 Fälle erfasst, wovon Türken und Syrer die meisten Tatverdächtigen waren und der Anteil der Zuwanderer 39,4% betrug. Das Land Nordrhein-Westfalen ist bezüglich Messerattacken Spitzenreiter. In Berlin steigen ebenso seit Jahren stark die Messerstraftaten. Im Jahr 2018 hatte Berlin seinen Höchstwert mit 2.795 Messertaten (2017 waren es 1.828 Fälle). Bei 52,4 Prozent der etwa 2.000 aufgeklärten Messertaten hatte der Berliner Kriminalstatistik zufolge mindestens eine tatverdächtige Person eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Obwohl keine bundesweit einheitliche Statistik zu Messerangriffen existiert, zeigen die Zahlen von einzelnen Bundesländern, wie Messerattacken seit den letzten Jahren zu unserem deutschen Alltag gehören.

Islamistische Messerattentate in Deutschland

Unter den Messerattacken sind es ganz besonders Messerattentate, die immer häufiger vorkommen. Messerattentate bewegen sich derzeit zwischen Islamismus und psychische Erkrankung. Im Juni stach

ein Somalier in Würzburger Kaufhaus auf mehrere Menschen ein, wobei drei Frauen starben. Die Opfer von Abdirahman A. waren überwiegend Frauen, denen er voller Brutalität in Hals, Nacken und Rücken stach. Er rief „Allahu Akbar“ und schrieb vor der Tat seiner Mutter eine SMS, dass man sich im „Paradies“ wiedersehen würde. Gutachter haben ihn aufgrund einer „Schizophrenie“ als psychisch krank und „schuldunfähig“ eingestuft. Im September ereignete sich in Berlin ein Messerangriff in Wilmersdorf, bei denen eine Frau und ein Mann mit Messerstichen in den Hals schwer verletzt wurden. Der Tatverdächtige ist ein 29-jähriger Afghane, der auf der Flucht ist. Ermittler gehen Hinweise auf ein islamistisches Motiv nach. Im November stach ein 27-jähriger Syrer auf mehrere Passanten in einem ICE ein und rief zuvor „Ich bin krank. Ich brauche Hilfe.“ Auch er wurde als psychisch krank und „schuldunfähig“ von einem Gutachter – innerhalb nur eines Tages – eingestuft. Allerdings haben die Ermittler Propagandavideos der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) bei dem Angreifer sichergestellt. Die Staatsanwaltschaft sieht Hinweise auf ein islamistisches Motiv.

"Tichys Einblick" - so kommt das gedruckte Magazin zu Ihnen

Der renommierte Psychologe Ahmed Mansour sagte im Juni zeitlich zum Würzburger Attentat gegenüber dem Radiosender Bayern 2: „Wir reden hier nicht von Einzelfällen“. Der Islamexperte Mansour warnte vor der Gefahr von weiteren ähnlichen Angriffen in Deutschland. „Diese Gefahren sind nicht nur in Würzburg zu sehen, sondern wir haben diese Gefahren leider in Deutschland sehr verbreitet.“ Nur Integration könne Parallelgesellschaften und Radikalisierung präventiv verhindern, sagte der Psychologe.

BKA: Gefahr von einzelnen Zuwanderern ohne direkte Terrorverbindung

Das BKA schrieb in seinem Bericht „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ (2020): „Die Flüchtlingssituation wirkt sich nach wie vor auf die Gefährdung durch den islamistisch motivierten Terrorismus aus. Dies wird nicht zuletzt durch die im Jahr 2020 verübten Anschläge in der Bundesrepublik deutlich.“ Die „Flüchtlingssituation“ wirkt sich auf die Sicherheitslage Deutschland aus. Laut BKA-Bericht würden Attentäter unentdeckt nach Deutschland

einreisen und zum anderen würden sich unter Migranten „Einzelpersonen“ befinden, die „die entweder bereits vor der Einreise terroristischen Organisationen angehörten oder erst während des Aufenthaltes in Deutschland beginnen, mit ihnen zu sympathisieren.“ Entscheidend: Damit ginge dem BKA zufolge der Gefahr einher, dass sich „aus diesem Kreis einzelne Personen, gegebenenfalls auch ohne direkte organisatorische Einbindung in terroristische Vereinigungen, dazu entscheiden, eigenständige terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.“

Im neusten BKA-Bericht (März 2021) heißt es zudem, dass Migrationsbewegungen von Terrororganisationen gezielt genutzt werden können. Demnach liegen Einzelhinweise den deutschen Sicherheitsbehörden vor über ein gezieltes und organisiertes Einschleusen von Mitgliedern terroristischer Organisationen mit dem Ziel der Begehung von Anschlägen in Deutschland. Die Situation an der deutsch-polnischen Grenze könnte also derzeit ideal für islamistische Terrororganisationen sein, um ihre Mitglieder und Unterstützer in europäische Länder, darunter Deutschland, einzuschleusen.

Der Messerterror existiert in ganz Europa

Nicht nur in Deutschland finden immer häufiger Messerattentate statt, sondern in vielen Ländern Europas. Vor wenigen Wochen spielten sich erst dramatische Szenen in Oslo in Norwegen ab. Ein Mann mit nacktem Oberkörper versuchte einen Passanten zu erstechen und griff danach die Polizisten an. Womöglich wollte er mehrere Menschen attackieren. Die Polizei sagte zwar, dass es keine Hinweise auf einen terroristischen Vorfall gäbe. Allerdings ist auf einem Video zu sehen, dass der Messerangreifer das Glaubensbekenntnis des Islams spricht, um wohl als „Märtyrer“ ins „Paradies“ zu kommen. Wörtlich schreit der Messerangreifer: „La ilaha illa Allah wa Muhammad rasul Allah. Allahu Akbar“ („Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Gesandter. Gott ist größer“). In Deutschland berichteten die Medien nicht über das Aufsagen des Glaubensbekenntnisses. Der Attentäter, mutmaßlich ein 30-jähriger russischer Staatsbürger, hatte in der Vergangenheit bereits eine ähnliche Tat begangen und wurde in die Psychiatrie eingewiesen, auch diesmal wird von einer „psychischen Erkrankung“ ausgegangen. Erst vergangenen Monat fand

ein Attentat in einer Kleinstadt südwestlich von Oslo, in Kongsberg, statt mit Verdacht einer islamistischen Radikalisierung. Fünf Menschen wurden von einem mit Pfeil und Bogen sowie mit einem Messer bewaffneten Mann getötet.



ISLAMISTISCHER TERRORVERDACHT

Messerattacke auf Polizeimitarbeiterin nahe Paris

In England wurde im Oktober der Tory-Abgeordnete David Amess bei einem islamistischen Terroranschlag mit einem Messer getötet. Immer wieder finden seit mehreren Jahren auch in England zahlreiche Messerangriffe statt, die terroristisch motiviert sind. Doch auch Frankreich ist stark betroffen. Vor wenigen Wochen wurde im südfranzösischen Cannes ein Polizist von einem Mann mit algerischer Staatsbürgerschaft, Lakhdar B., mit einem Messer angegriffen. Der Mann sagte bei dem Angriff wiederholt „im Namen des Propheten“. Seit 2012 hat der islamistische Terrorismus bereits 271 Tote in Frankreich gefordert. Auch in Frankreich gehören jegliche Messerstrafaten, darunter von Zuwanderern, zum Alltag. Bereits im April hat der 36-jährige Tunesier Jamel G. in der Kleinstadt Rambouillet eine Polizeimitarbeiterin Stéphanie M. brutal in den Hals gestochen und sie ermordet.

Nach TE-Recherche könnte Jamel G. sich sein Opfer ausgesucht haben, weil sie eine Frau war sowie kein Kopftuch trug. Immer häufiger werden Frauen sowie Sicherheitskräfte Opfer in Europa. Im Mai 2021 stach in der französischen Stadt La Chapelle-sur-Erdre ein 39-jähriger Mann senegalesischer Herkunft auf eine Polizeimitarbeiterin ein und entführte eine andere Frau für seine Flucht. Der Täter Ndiaga D. hatte es islamistisch motiviert ebenfalls gezielt auf Frauen und Mitarbeiter der Polizei abgesehen. Auch D. hatte schwere psychische Probleme und eine offiziell diagnostizierte Schizophrenie. Er war während der Tatzeit gleichzeitig schizophoren und radikalisiert. Das Muster wiederholt sich, ohne dass es in Deutschland und Europa ausschlaggebend analysiert wird. Statistiken darüber gibt es trotz solcher Attentate bisher nicht.

In Europa hat sich längst ein islamistischer Messerterror etabliert. Immer häufiger gehen mit diesen Attentaten, darunter ganz besonders Messerattacken, psychische Erkrankungen einher. Sehr häufig handelt es sich dabei um eine Art von „Schizophrenie“. Dass jedoch Attentäter innerhalb weniger Stunden zu „schuldunfähig“ aufgrund von psychischen Erkrankungen erklärt werden, kann schlimme Folgen haben: Radikalisierte könnten dies gezielt ausnutzen, und bei dem Nächsten Attentate „Hilfe ich bin krank“ vor „Allahu Akbar“ rufen. Ob der ICE-Attentäter, der zuvor islamistische Propaganda-Videos konsultierte, wirklich zum Zeitpunkt schuldig war, muss gründlich geprüft werden. Bereits hier könnte ein Ausnutzen stattgefunden haben. Europa befindet sich in einer neuen Messerterrorsituation.

Quelle: Tichys Einblick

Geburtstage & Diverses Dezember 2021



Im Dezember 2021 feiern folgende Mitglieder ihren Geburtstag

Vorstand und Beirat
gratulieren herzlich

- 06.12.: Karin Siefert-Klaffus
- 11.12.: Dirk Lohmeier
- 12.12. Gunnar Krüger
- 19.12.: Horst Wippermann
- 19.12.: Edwin Effinger
- 20.12.: Heribert Eisenhardt
- 28.12.: Franz Zimny
- 28.12.: Melanie Hempel



Pro Gloria et Patria



Preussen

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Unser Verein

Themen für die nächsten zwei Jahre

- Reformen Berlins und Brandenburgs
- Bildung Preußischer Humor
- Preußens Migrationspolitik
- Die Zukunft der Bundeswehr
- Die Verrohung unserer Gesellschaft
- Humor und Treitschke
- Entwicklung der Hauptstadt
- Stauffenberg und sein Vermächtnis
- Preußen zwischen rechts und links

Neujahrsempfang und
monatlicher Preussenbrief

Werden Sie Mitglied!

Retten Sie die Tugenden und werden Sie Mitglied
der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg!

Eintritt bis zu 30.12.2021 mit 30 % Rabatt auf den
ersten Jahresbeitrag!

Mitgliedsbeitrag

Pensionäre: 110 €

Erwerbstätige: 220 €

Firmen: 300 €



IMPRESSUM

Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Tel. 0173 9313437

kontakt@preussen.org

www.preussen.org

Vorstand

Präsident Steffen Bender

Vorstand H-J. Prillwitz, T. Gütschow, M. Kayser

Ehrenpräsident Volker Tschapke

Beirat

M. Aden, H. Bracksmajer, H. Lenk, D. Lohmeier, W. Nowsch,

M. Otte, N. Neuendorf

Amtsgericht

VR 17087 NZ_ als gemeinnützig anerkannt FA Körperschaften I

St.Nr. 675/53373

Kontoverbindung

Berliner Bank AG _ BLZ 100 708 48 _ Konto-Nr. 48 28 68 700

IBAN DE 93 100 708 480 482 868 700 _ BIC/SWIFT DE UT DE DB 110